



Welt verbessern im Dialogverfahren

Beitrag von Bettina Landl

Am 16. Jänner 2020 fand im Gemeinschaftsbüro & AtelierRaum Print in der Mariahilferstraße 30, 8010 Graz der zweite LAMA-Talk unter dem Titel „Bauen in der Blase“ statt und stellte die Frage „Warum ist die Architekturpraxis nicht mehr gesellschaftsbildend?“ zur Diskussion. Die Dringlichkeit des Anliegens einen positiven Wandel zu bewirken war hör- und spürbar groß.

Die zweite Runde folgte auf die Anfang November 2019 gestartete Diskussionsreihe, die das Thema Architekturausbildung zum Ausgangspunkt hatte (Inhalte sind im März 2020 erschienenen ersten Heft und auf *gat.st* nachzulesen), und unterstrich den Anspruch von Seiten des LAMA, einen interdisziplinären und kritischen Austausch in schriftlicher wie auch in diskursiver Form betreffend Architekturlehre und Architekturpraxis zu fördern und ein Forum etablieren zu wollen. „Bauen in der Blase“ gründet in der Vermutung, dass die Architekturpraxis mittlerweile vermehrt den Interessen der Wirtschaft dient, statt sich an aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen zu orientieren. Architekturschaffende befinden sich inmitten eines Spannungsfelds zwischen politischen, wirtschaftlichen, individuellen und gesellschaftlichen Interessen. Die Frage ist, ob ein solcher Umstand nicht auch dem Ideal einer hochwertigen und nachhaltigen Architekturpraxis zuwiderläuft? Darüber hinaus ist unklar, wie es um die politischen Rahmenbedingungen und die offenbar schwache politische Lobby der Architektur bestellt ist. Niemand zweifelt daran, dass es wirtschaftliche Zwänge gibt, doch sollten öffentliche Fördermittel an qualitative Vergabeverfahren gebunden sein. Aus welchem Grund engagieren sich Betroffene nicht stärker bei diesen bedenklichen Vergabeprozessen? Sollten Architekturschaffende nicht selbst die Anforderungen ihrer Disziplin steigern und außerhalb ihrer/dieser Blase weiterdenken?

Lobby für „das gute Leben“

Einer der ersten Erfahrungsberichte des Abends erinnerte an die Gesellschaftstauglichkeit von Architektur als „die eigentliche Frage“ und zielte damit auf die Tatsache ab, dass das Korsett der Rahmenbedingungen, das Investitionslogiken geschuldet ist, immer enger wird. Das Gebundensein an wirtschaftliche Interessen hat zur Folge, dass man Projekte, auch in Anbetracht eines Architekturbüros mit mehreren MitarbeiterInnen, einfach machen muss, um überleben zu können und auch ohne es vielleicht ideologisch vertreten zu können. Eine Gewinnmaximierung

besonders im Hinblick auf Anlegerwohnungen ist extrem wichtig (geworden). Die Wirtschaftlichkeit ist der entscheidende Faktor bei (Groß-)Projekten wie beispielsweise der Smart City Graz oder Graz-Reininghaus. „Eine Gewinnmaximierung ist nicht im Sinne der ArchitektInnen. Die haben schlussendlich nichts davon. Wir sind in einer Position, in der wir nicht viel verändern können oder eine Relevanz haben für die Investoren.“

ProjektentwicklerInnen und InvestorInnen beherrschen den Markt. Durch die Kooperation mit Ingenieurbüros sind Planungsbüros in der Lage, InvestorInnen Komplettangebote „vom Baurecht bis zum schlüsselfertigen Bau“ anzubieten, was für die InvestorInnen sowohl Zeit- als auch Kostenersparnisse bedeutet. Das Angebot reicht von der Beratung des Investors bei allen planerischen Fragestellungen, über die Mittlertätigkeit zwischen InvestorIn und Kommune in allen Planungsphasen sowie die Koordinierung der an dem Projekt beteiligten FachplanerInnen bis hin zur Straffung des Planungsverfahrens durch steten Kontakt mit allen zu beteiligenden Stellen. Solche Planungsbüros sind praktisch konkurrenzlos. Bei derlei Abläufen bleibt ArchitektInnen ausschließlich der Wettbewerbsgewinn, wobei diese bei einem solchen Wettbewerb wie er beispielsweise von Seiten der Stadt ausgeschrieben wird, lediglich als „Erfüllungsgehilfen“ fungieren, um den Wettbewerb abzuschließen. „Darauf, wie das Bauprojekt umgesetzt wird und schlussendlich aussieht, haben die ArchitektInnen keinen Einfluss mehr. Man wird phasenweise beauftragt, auch wenn man den Wettbewerb gewonnen hat. Es bleibt einem zwar die Einreichung, aber jeder weiß, dass zwischen der Einreichung und der Ausführung ein großer Unterschied sein kann. Für ein Büro ist das ein großes Problem! Es stellt sich die Frage, wie wir das ändern können und wir wieder eine Relevanz bekommen, anstatt bloß die Einreichplanung und den Wettbewerb für die Stadt zu machen.“

Gesellschaftspolitik und darüber hinaus

Die DiskussionsteilnehmerInnen sind sich einig, dass es hinsichtlich öffentlicher Bauten, die durch Steuergelder finanziert oder zum Teil co-finanziert werden, sehr wohl ein Mitspracherecht gibt bzw. geben sollte. „Dass es wirtschaftlich sein muss, war immer so. Das ist auch das Wesen der Architektur, vor allem im Wohnbau. Dieses Betätigungsfeld war immer relativ prägnant und knapp. Das muss nicht schlecht sein. Aber dass öffentliche Bauten, egal ob am Land oder in der Stadt, die mit Steuergeld finanziert werden, wo auch der soziale Wohnbau dazugehört, – dass man da Ansprüche haben darf, als Gesellschaft, an diese Bauten, das ist relevant. Darüber muss geredet werden. Und beim öffentlichen Bauen – der soziale Wohnbau ist eine eigene Geschichte mit vielen Problemen; hier wird vielleicht über Bauträger bzw. -gruppen die Entwicklung vorangetrieben – liegt vieles im Argen. Im Bereich Bauen am Land liegt auch vieles im Argen! Durch die Steiermärkische Gemeindeflurbereinigung 2015 gibt es nur mehr 287 Gemeinden (inkl. Graz), statt zuvor 542. Jede davon hat ungefähr 10 Bauten im Eigentum. Das sind ca. 3000 Bauten im öffentlichen Eigentum, die saniert, erhalten oder neu gebaut werden (müssen). Das ist aber unser aller Brot! Wenn uns das abgedreht wird, bedeutet das einen ganz großen Strukturwandel in der Architektur, weil dann können kleine Büros nicht mehr existieren. Jetzt haben wir die Situation, dass die Bürgermeister ‚kein Geld haben‘ und von der sogenannten Bedarfszuweisung des Landes abhängig sind. Diese stützt sich meist auf eine Studie, auf Basis derer entschieden wird, ob ein architektonischer Eingriff notwendig ist. Und wenn dann der Beamte zum Landeshauptmann sagt ‚Die brauchen das wirklich!‘, dann fließen die Gelder. Danach ist aber Schluss mit der Architektur. Dann nimmt er das Geld und kann machen, was er will! Die Politik verknüpft dieses Geld dann nicht mit einem Qualitätsanspruch. Es folgen oftmals Honorarwettbewerbe, die im Rahmen des Bundesvergabegesetzes möglich sind. Das Land ist gesetzlich nicht verpflichtet, einen Wettbewerb auszuschreiben, obwohl sie sozusagen Steuergelder für diese Bauten vergeben.“

„Katze im Sack“

Um eine faire Projektvergabe zu gewährleisten, sollte bei Wettbewerben für ein anonymes Verfahren gesorgt sein, auch wenn ein Dialogverfahren diesem Entscheidungsprozess vorausgeht. „Es sollte selbstverständlich sein, dass ArchitektInnen in der Jury sitzen. Diese sollten auch im Vergleich zu den SachpreisrichterInnen die Mehrheit bilden, um nicht von den TurnlehrerInnen, der Gemeindeflurbereinigungsreferentin oder dem BürgermeisterIn überstimmt werden zu können. Genau hier muss man ansetzen, um ein Reglement zu etablieren, in dem Architektur und Baukultur möglich ist und

ermöglicht wird – am Land und in der Stadt. Und es muss dafür gesorgt sein, dass diese Regeln bestehen bleiben!“

Es werden auch Beispiele genannt, die das Wettbewerbsprinzip als solches infrage stellen, denn „viele Büros nehmen an einem Wettbewerb teil und investieren durchschnittlich 15 000 Euro, was einen enormen Aufwand bedeutet. Entscheidet sich im Verlauf des Vergabeprozesses beispielsweise der Bürgermeister gegen einen Neubau und für eine Integration des Projekts in ein bestehendes Gebäude, ist das Geld einfach weg. Es gibt keine Entschädigung und oftmals auch keine Entschuldigung von Seiten der Gemeinde. Das kann also auch nicht die Lösung sein.“

TotalunternehmerInnen, die ein Projekt komplett inklusive Planung und Ausführung übernehmen, gute Kontakte zu den BürgermeisterInnen pflegen, werden als „das wahre Problem“ benannt, denn „da ist Architektur überhaupt kein Thema mehr“. Auch „ein totaler Mischmasch bei den Vergabeverfahren, kooperativen Verfahren, dem Bundesvergabegesetz“ wird als Erschwernis hervorgehoben, denn es sei nicht klar definiert „was ist Vergabe, was Ideenentwicklung oder Workshop, und wer macht dann wirklich was“.

Gegen Banalitäten

„Es sind einfach nach wie vor sehr wenige Menschen, die sich darum kümmern, dass man mit Architektur eine bessere Lebensumgebung, eine gerechtere Lebensumwelt schafft.“, heißt es. „Nur ein total kleiner Kreis an Personen interessieren sich dafür und treiben das voran. Wichtige Themen sind das Klima oder der soziale Kollaps im ländlichen Raum.“ Dafür müssen PartnerInnen gewonnen werden, ganz im Sinne einer Kameradschaft. „Es ist schwierig, die gesellschaftliche Relevanz von Architektur wieder stärker zu aktivieren.“, erinnert man sich an die 1960er und 1970er Jahre. „Aber man muss sagen, dass ArchitektInnen zu jener Zeit mit der allgemeinen Entwicklung mitgefahren sind.“, wird ergänzt und darauf verwiesen, dass nicht von „einer Gesellschaft“ die Rede sein kann, sondern „es gibt tausende Gesellschaften – zersplittert und jede hat vollkommen divergente Interessen. Also man kann sich nicht an die Gesellschaft wenden und damit nicht an eine einzelne, denn diese ist kein homogener Körper. Wenn man gesellschaftlich tätig sein möchte, muss man die Ziele ganz klar umreißen und auf eine machiavellische Art handeln. Und das hat noch kaum jemals ein Architekt geschafft.“ Die Architektur an sich sei nicht imstande ihre Ziele („gutes Leben für alle“, „Auftrag haben wollen“ etc.) genau zu definieren. Und solange sie ebendiese für sich selbst nicht klären kann bzw. die Architekturschaffenden sich nicht darüber einig werden, was sie (fordern) wollen, werden diese (vorhandenen) Ziele und Prinzipien auch für andere ganz schwer nachvollziehbar bleiben. „Betreiben wir da unsere private Sache (Büro, Mensch, Kammer) oder orientieren wir uns an ideellen Werten?“, wird mitunter auf die Rollen verwiesen, „die verteilt sind“ und auf die Unmöglichkeit, alle Felder zu bespielen. „Auch die Architekturpraxis agiert nach demokratischen Regeln. Der eine beurteilt, ist gesellschaftlich tätig, in der Politik etc. und der andere baut und hat seine 20 Leute, die er versorgen muss. Und der kann nicht gleichzeitig auch ein ideeller Redensführer sein. Er kann im Kleinen tätig sein! Aber diese Rollen sind getrennt voneinander zu denken.“

Positive Entwicklung

Als ein informell positives Beispiel wird der Schulbau genannt und dessen Entwicklung in den letzten Jahren. Von den 1960er bis in die 1980er Jahre hat der Schulbau floriert. „Dann ist er aus irgendwelchen Gründen in die 1950er Jahre zurückgefallen und es wurden über 30 Jahre nur mehr Kasernen gebaut. Ein riesiger Rückschritt! Und seit knapp zehn Jahren ist dieser wieder ganz stark von Architekturschaffenden vorangetrieben worden.“, wird auch auf den Einfluss der Pädagogik bzw. dem „Learning from Denmark“ verwiesen. „Es wurden wieder neue alte Typologien ausgekratzt und super Schulen gebaut.“

Das Reden über unter anderem hybrides Bauen, fruchtbare Böden, Flächen und Räume sowie die Idee eines „Implant“ machen den zweiten LAMA-Talk zu einem kurzweiligen, obwohl die Schwierigkeiten und notwendigen Veränderungen klar angesprochen werden. Die Konkurrenz erhöht den Druck auf die ArchitektInnen und macht eine unkonventionelle Lösungsfindung zwingend, denn wenn drei Raumplanungsbüros „praktisch alles machen, was im Grunde ein Geschäft für 100-150 Büros ist“, müssen dringend neue Perspektiven gefunden werden. Man ist

sich einig, dass politische Forderungen von Seiten der ArchitektInnen verfasst und gemeinsame Ziele formuliert werden müssen, und ein geschlossenes Auftreten wesentlich ist. Grundpositionen müssen abgestimmt und solidarisch bedacht werden. „Wir sind unabhängig als ArchitektIn! Dabei sollten wir nicht vergessen, wie konservativ diese Sparte ist. Es gibt praktisch keinen innovativen Zugang hinsichtlich des Agierens in diesem Feld. Es passiert in dieser Branche kaum etwas Neues.“ Mit Gestaltung als „Kernkompetenz“ sind Architekturschaffende in der Lage hybride Produkt zu entwickeln, dabei auf ihre wertvollen gesellschaftspolitischen Ressourcen zurückzugreifen und auf Beratung zu setzen. „Man kann wahnsinnig viel bewirken, wenn das Programm mit einer Gemeinde gut ausgeklügelt ist. Dann tut man wirklich etwas für einen Ort und die Gesellschaft(en)!“

Konstruktive Provokation

„Wer sagt denn, dass man nicht ein guter Entwerfer, ein fortschrittlicher Architekt sein kann, der an die Zukunft denkt, der sozial engagiert ist und sich trotzdem an ein Konzept halten kann unter Kollegen? Das muss doch möglich sein!“ – So offenbar in Vorarlberg, denn in Form eines „Solidaritätspapiers“ setzt man sich dort unter anderem für einen anonymen Wettbewerb ein und dass eine gewisse Anzahl an ArchitektInnen in der Jury vertreten ist. „Nach 5 Jahren wurde das Papier mittlerweile von vielen unterschrieben. Ein Umdenken hat stattgefunden!“, wird auf die Macht der Architekturschaffenden hingewiesen, die Qualität der Wettbewerbe mitzubestimmen. „Auch in Tirol gibt es dieses Bemühen, genügend Unterschriften zu sammeln. Die Kammer bekommt es nicht auf die Reihe, eine ordentliche Strategie zu fahren und das ordentlich zu bewerben. Ein zusätzliches Problem ist das Phänomen, dass Bauingenieure ihre Architekturabteilungen aufbauen, ihre eigene Architektur- oder Hochbauabteilung gründen, in denen dann ArchitekturabsolventInnen sitzen – nämlich auch die müssen unbedingt mitziehen bei diesem Solidaritätspapier! Die Kammern der ZiviltechnikerInnen sind Körperschaften öffentlichen Rechts und die gesetzlichen Berufsvertretungen der staatlich befugten und beeideten Ziviltechniker/innen (Architekt/innen und Zivilingenieur/innen mit rund sechzig Befugnissen auf ingenieur- und naturwissenschaftlichen, montanistischen Fachgebieten und Fachgebieten der Bodenkultur). Da kommt von der Bundeskammer nichts – keine Strategie etc. – auch nicht aus der Steiermark! Wenn wir zum Land gehen, brauchen wir berechnete und klare Forderungen, um sie wirkungsvoll vorbringen zu können. Wir haben wenig Rückenwind, weil ArchitektInnen ein zerstrittener Haufen sind, was nicht förderlich ist. Eine Grundsolidarität ist dringend notwendig, denn wir müssen es selbst lösen!“

